

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abnahmestellen 2 RM. im Voraus, bei Bestellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. monatlich. Übertrag 10 Pf. Die Postanweisung ist zu machen an die Geschäftsstelle. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In den Sonntagen des Monats Juli 1931. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Nachrichten übernimmt die Geschäftsstelle keine Haftung. Jedes Recht an dem Inhalt bleibt vorbehalten. Die Geschäftsstelle ist nicht für die Richtigkeit der Nachrichten verantwortlich.

Abonnementpreis: Die 8 gepaltene Nummer 20 Pf., die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Nachrichten übernimmt die Geschäftsstelle keine Haftung. Jedes Recht an dem Inhalt bleibt vorbehalten. Die Geschäftsstelle ist nicht für die Richtigkeit der Nachrichten verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 169 — 90. Jahrgang      Lege-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, den 23. Juli 1931

## Aus eigener Kraft.

Rein von außen her gesehen fällt bei der Londoner Konferenz etwas ganz besonders auf: das häufige Zusammenfallen, die zahlreichen, bisweilen tief in die Nacht hinein dauernden Sonderbesprechungen der deutschen Vertreter mit den amerikanischen und englischen Staatsmännern. Trotzdem wäre es falsch, nun etwa von einer deutsch-englisch-amerikanischen Front reden zu wollen, der Frankreich gegenüberstehe. So einfach liegen die Dinge nun durchaus nicht. Da ist zunächst die Absicht der Konferenz, es mit Hilfe der Notenbanken dahin zu bringen, daß endlich die Kreditabzüge aus Deutschland abgestoppt werden und daß also der ausländische Kredit, der zurzeit bei uns noch vorhanden ist, uns nicht auch noch geföhndigt wird. Die ausländischen Kreditgeber sollen mithin „Hilfe halten“. Davon erklärt sich Frankreich „nicht berührt“, weil es nämlich bereits so ziemlich den ganzen Kredit aus Deutschland weggezogen hat. Schwierigkeiten könnten hier nur darin liegen, daß dieser Beschluß der Konferenz auch wirklich durchgeführt wird, daß also tatsächlich ein „Hilfe-halten“ auch der ausländischen Privatbankiers zu erreichen ist. Und das nun aber auch Frankreich nicht etwa z. B. seine nach England gelegenen Kredite wegzieht, dadurch wieder die dortige Kreditlage verschärfen würde. Dies ist in den letzten Tagen bereits geschehen, und zwar in einem bedenklich großen Umfang. Das müßte wieder von England aus selbst bei bestem Willen sehr unangenehm und den Londoner Konferenzabsichten natürlich widersprechende Rückwirkungen ausüben. Werden doch durch die letzten großen Zusammenbrüche in Deutschland sehr erhebliche englische Kredite stark gefährdet und gerade dies hat äußerlich den Grund abgegeben für das Zurückziehen französischer Kredite aus England. Eine halbe Einigung also selbst nur über die „Stillschaltungssaktion“ würde die Verrückung nicht aus der Welt schaffen, sondern es müßte auch hier durch eine ganze Einigung jede Störungsmöglichkeit gründlich ausgeschaltet werden.

Verhältnismäßig einfacher steht es um den 100-Millionen-Dollar-Kredit, der von den ausländischen Notenbanken und der W.F.Z. unserer Reichsbank vor dem 1. Juni zur Verfügung gestellt, am 15. Juli auf zunächst einen Monat verlängert wurde und jetzt in London für auch weiterhin verlängert werden soll. Hierbei ist übrigens auch die französische Staatsbank und die W.F.Z. mit je 100 Millionen Mark beteiligt. Dann aber beginnt es von Schwierigkeiten technischer und leider auch politischer Art nur so zu wimmeln, und zwar schon bei der Verhandlung um eine große von Deutschland gewünschte, von England und Amerika für Deutschland als notwendig erachtete Verstärkung jenes Kreditkontrollrechts der Reichsbank um einige hundert Millionen Dollar.

Die neue Votschaft Hoovers behandelt in der Hauptsache und fast ausschließlich die Frage, auf welchem Wege die in Deutschland noch vorhandenen Kredite dort festgehalten und gesichert werden sollen. Erst ganz zum Schluss seiner Vorschläge empfiehlt Hoover, durch eine Kommission der W.F.Z. die unmittelbaren weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands untersuchen zu lassen. Diesen Vorschlag hat nun Brüning ausgenommen, wenn auch in einer etwas anderen Form; aber eine solche Sachverständigen-Kommission soll in Deutschland nun den Weg zu einer Verbreiterung unserer Kreditbasis zeigen und ihn ebnen. Das würde, in bürren Worten gesagt, allerdings bedeuten, daß an die Gewährung eines neuen großen Kredites im Augenblick nicht zu denken ist, sondern daß diese Absicht, die in Amerika und England besteht und immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, zunächst jedenfalls nicht verwirklicht wird, weil man auch hier wieder ohne die Mitwirkung Frankreichs nicht vorwärts zu kommen glaubt. Auch dies hat man in London und Washington schon vor der Konferenz erklärt. Frankreich scheint aber hierfür wieder zum mindesten einen Teil seiner bekannten „politischen Bedingungen“ vorzuschieben, die selbst England und Amerika — geschweige denn Deutschland! — als unannehmbar erklärten und die für die große an sich geplante internationale Anleihe an Deutschland von absolut zerstörender Wirkung waren. Aber diesen Anleiheplan ist in London überhaupt nicht mehr verhandelt worden.

Wenn man diese reichlich komplizierte Sachlage auf einen kurzen Satz bringt, so müßte man etwa folgendes feststellen: Eine „großzügige“ Stillung Deutschlands im positiven Sinne, etwa durch einen Milliardenkredit oder eine entsprechend große Anleihe, dürfte bei der Londoner Konferenz nicht herauskommen. Aber die schmalgebundene Kreditbasis ausländischen Ursprungs, auf der wir heute stehen, soll vor weiterer Verkleinerung bewahrt bleiben. Fast ganz aus eigener Kraft also müssen wir den Neuaufbau unseres zukünftigen Kreditgebäudes aufführen, — aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln.

### Feldlicher Unfall bei Pionierübungen.

Ragdeburg, 22. Juli. Bei Brüdenschlagsübungen an der Elbe erkrankte der Pionier Rudolf Meyer von Pionierstation 4. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Drei andere Pioniere, die zusammen mit Meyer in die Elbe gestürzt waren, konnten gerettet werden.

## Teileinigung in London

### Bericht des Finanzausschusses an die Vorkonferenz.

London, 22. Juli. Ueber die Verhandlungen der Finanzminister am Mittwoch wurde folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

„Der Finanzministerauschuss hielt am Mittwoch nachmittags von 16 bis 19.45 Uhr eine Sitzung ab und erzielte ein Uebereinkommen über den Wortlaut des Berichtes, der der Vorkonferenz am Donnerstag vormittag vorgelegt werden soll.“

Das Ergebnis der Konferenz der Finanzminister besteht, soweit sich die Lage am Mittwoch abend übersehen ließ, darin, daß in der Frage des Stillhaltefortschritts gewisse Fortschritte gemacht worden sind, die zu Empfehlungen der Regierungen an ihre Banken führen dürfen. Diese Empfehlungen würden dann von dem neuernennenden Bankierauschuss der Zentralbank in die Praxis umzusetzen sein. Alles in allem freilich ein recht mageres Ergebnis. Es gilt als ziemlich feststehend, daß eine Einigung über die Hauptfrage, deren Lösung für die Stärkung der deutschen Mark als notwendig erachtet worden war, nämlich die Eröffnung eines neuen Zinskredits, nicht erzielt werden konnte, so daß hierüber wahrscheinlich der morgigen Vorkonferenz getrennte Berichte vorgelegt werden müssen. Zu dem Einheitsbericht des Finanzministerauschusses dürfte jedoch auch die Empfehlung gehören, den internationalen 100-Millionen-Dollar-Kredit an die Reichsbank auch über den von der W.F.Z. bisher genehmigten Zeitpunkt hinaus grundsätzlich zu verlängern. Deutschland hat ferner die Konferenz aufgefordert, einen Ausschuss von Bankfachverständigen zu entsenden, der, um die Worte des Reichsaussenministers Curtius zu wiederholen, den Puls des deutschen Finanz- und Wirtschaftslebens fühlen und die Verbindung mit dem Ausland herstellen soll. Die Probleme der deutschen Kriegskredite, der internationalen Schulden, der Revision des Youngplanes, der Ausdehnung des Hooverterminiums und des Ueberzuges auf die Zeit nach Ablauf des Hooverfeierjahres sind auf unbestimmte Zeit vertagt.

Neben den Verhandlungen des Finanzausschusses hat hier eine Reihe von Besprechungen zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Abordnungen. Ueber die Unterredungen des Reichsaussenministers Curtius mit Irland und zwischen Curtius und dem Belgier wird jedoch strenges Stillschweigen bewahrt.

### Washington einverstanden.

Unterstaatssekretär Castle erklärte, daß Washington mit dem Programm, das die Finanzminister der auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten ausgearbeitet haben, einverstanden sei.

## Ergebnis der Londoner Konferenz.

Die Londoner Konferenz hat uns das gebracht, was wir uns schon vorher sagen konnten: sie hat dem deutschen Volke von neuem gezeigt, daß die Hilfe vom Ausland nur gering sein wird und daß wir uns in der Hauptsache auf eigene Kraft einstellen müssen. Amerika und England haben ja ohne Zweifel viel gutes Willen gezeigt, um Deutschland in seiner Not in irgendeiner Form zu unterstützen. Aber Frankreich, das von Anfang an verärgert zu den Londoner Verhandlungen ging, hat nichts getan, um die amerikanisch-englischen Bemühungen zu fördern. Im Gegenteil, die französischen Staatsmänner haben an ihrem alten Plan festgehalten, man solle Deutschland eine langfristige Anleihe geben, wenn es gewissermaßen zum zweitenmal das Versailler Diktat unterschreibt. Als die Franzosen sahen, daß sie diesen Plan nicht auf die Tagesordnung der Londoner Konferenz bringen konnten, zogen sie sich völlig interesselos.

So hat man auf der Londoner Konferenz, um den Schwierigkeiten mit Frankreich auszuweichen, sich entschließen müssen, die Pläne für eine langfristige Anleihe fallen zu lassen und sich nur mit der Frage beschäftigt, was geschehen kann, um Deutschland sofort und für die nächste Zeit zu helfen.

Man hat sich dahingegen nicht, daß die 5 Milliarden Auslandskredite, die noch in Deutschland liegen, nicht zurückgezogen werden sollen und daß die Reichsbank ihren sogenannten Kreditkontrollrecht bei den ausländischen Staatsbanken verlängert bekommt. Und vielleicht kann der Kanzler auch noch einen kleinen kurzfristigen Kredit mit nach Hause bringen. Alle anderen Fragen, die man jetzt vorsichtig umgangen hat, sollen auf die Tagesordnung einer neuen Konferenz im Herbst kommen. In der Zwischenzeit sollen unsere ausländischen Gläubiger eine Kommission von bekannten Bankiers nach Deutschland senden, damit sie an Ort und Stelle studieren können, wie es um die deutschen Finanzen steht.

Bei allen diesen Beschlüssen hat sich Frankreich abseits gehalten. Es hat erklärt, es habe nur wenige Kredite nach Deutschland gegeben, insofern dessen brauche sich Paris an dem sogenannten Stillhaltefortschritt nicht zu beteiligen. Die Haltung der französischen Staats-

männer hat schließlich dazu geführt, daß sich am Konferenztag eine Art Gemeinschaftsarbeit zwischen England, Amerika und Deutschland herausgebildet hat. Ob aber diese Entwicklung in der Zukunft auf Frankreich irgendeinen Eindruck macht, so daß es sich zu einer anderen Politik entschließt, ist mehr als fraglich. Man muß auch hier vor Illusionen warnen, und wir werden uns darauf einrichten müssen, daß die französische Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit uns auch weiterhin den Weg nach oben versperren wird.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz kann man schließlich so ausdrücken, daß man sagt: Wir müssen uns in unseren Maßnahmen so einstellen, als ob wir von London keine Hilfe bekommen hätten.

## Wochenende in Hubertusstock?

Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, ist bei dem Besuch des englischen Premierministers MacDonald und des Außenministers Henderson in Berlin keineswegs aufgegeben. Man spricht davon, daß beide mit der deutschen Delegation nach Beendigung der Londoner Konferenz nach Berlin kommen würden, um den verschobenen Besuch nachzubolen. Natürlich werden sich solche Pläne erst verwirklichen lassen, wenn das Ergebnis der Londoner Konferenz feststeht.

Dr. Curtius hat auch Staatssekretär Stimson nach Berlin eingeladen. Es wird in deutschen Kreisen für außerordentlich wünschenswert gehalten, daß Stimson sich persönlich ein Bild über die Verhältnisse in Deutschland macht.

## Die Zukunft bei den Bankiers.

Amerikanische Bankiers hinter dem neuen Hoover-Vorschlag. In den höchsten Regierungskreisen verlautet, daß die Newyorker Großbankiers mit der Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland einverstanden seien, falls die Geldgeber der anderen Länder einer gleichen Aktion unternehmen. Die Bankiers der Vereinigten Staaten stellen sich damit hinter den neuen Vorschlag des Präsidenten Hoover.

Stimson über den Gang der Londoner Verhandlungen. Ueber den Fortgang der Verhandlungen in London äußerte sich der amerikanische Staatssekretär Stimson u. a. wie folgt: Alle kritischen Fragen seien fortgelassen worden. Die sogenannten neuen Hoover-Vorschläge seien nicht weiter als eine Darlegung des Standpunktes Hoovers ohne besondere Bezugnahme auf die Ergebnisse in der Konferenz. Über langfristige Kredite werde jetzt nicht mehr verhandelt. Das könne später geschehen. Bei der Konferenz handele es sich um eine Gruppe von Ministern am runden Verhandlungstisch, die die zeitweiligen finanziellen Bedürfnisse Deutschlands erwäge. Im Grunde genommen handele es sich um eine Aufgabe für den Bankier und es sei vielleicht nur ein Zufall, daß Staatsmänner zusammengerufen worden seien, wahrscheinlich nur deswegen, weil sie im Augenblick verfügbar gewesen seien. Die Zukunft müsse am besten den Bankiers überlassen werden.

Ueber die Beteiligung Stimsons an der Aussprache wird bekannt, daß er heute den dritten Punkt der amerikanischen Vorschläge zur Aussprache stellte, nämlich die Einsetzung eines internationalen Ausschusses, der den finanziellen Aufbau Deutschlands nachprüfen und bestimmen soll, wieviel „neues Geld“ von Deutschland gebraucht wird. Anschließend deckt sich der von amerikanischer Seite vorgeschlagene Ausschuss mit dem Plan und Vorschlag Brünnings, Bankiers nach Deutschland zu berufen, um eine engere Fühlungnahme zwischen Deutschland und den anderen Ländern sicherzustellen.

## England soll schuld sein.

Paris, 22. Juli. Der „Paris Midy“ sieht heute nach der Kundgebung der nationalen Opposition eine starke francofeindliche Front in Deutschland im Entstehen. Die Schuld daran schiebt das Blatt England zu, das zwischen Frankreich und Deutschland seine ewige Politik der Zwittertracht treibe. Die Engländer hätten sich zwischen Frankreich und Deutschland geschoben, um jede Art der Annäherung beider Länder zu verhindern. „Wie lange werden wir das noch dulden?“ ruft „Paris Midy“ entrüstet aus. Er legt dem optimistischen Wort Curtius von dem „neuen Anfang“ das drohende Wort entgegen: „Anfang vom Ende“.

Das Dilemma der französischen Politik gegenüber der deutschen Krise erblickt ein deutliches aus dem „Temps“ vom Mittwoch. In dem außenpolitischen Leitartikel wird der Regierung wiederum störrisch Festhalten an den politischen Forderungen zur Pflicht gemacht, Frankreich sei geneigt, Deutschland in weitestem Maße zu unterstützen, aber nur gegen finanzielle und politische Garantien, die jegliche Ueberraschung ausschließen. Es werde sich keine Regierung in Frankreich finden, die von dieser Haltung abgehe. Das Blatt hofft, daß die Deutschen unter dem Zwang ihrer Lage und um ihr Land vor dem Zusammenbruch zu retten, früher oder später die Aussprache wieder auf das













